

# **Brennpunkte Rudower Geschichte**

**Von der NS-Zeit bis heute**



**Texte und Eindrücke  
von der Fahrradtour  
vom 25. Juni 2023**

**Rudow empört sich. Gemeinsam für Respekt und Vielfalt**

## **Inhalt:**

Treff: „Rudower Spinne“.....	3
1. Station: Dorfkirche Rudow .....	5
2. Station: Matthias-Claudius-Schule .....	8
Hinweis: Friedhof Rudow.....	10
3. Station: Zwangsarbeit in Rudow .....	10
Hinweis: Neue Clay-Schule .....	12
Hinweis: August-Froehlich-Straße.....	13
4. Station: Familie Lewin.....	13
5. Station: Rudower*innen in der „Roten Kapelle“ .....	16
6. Station: Stolperstein für Otto Laube .....	18
7. Station: Gedenktafel für Heinrich Stahl .....	20
8. Station: Gedenktafel für August Froehlich.....	21

## **Impressum**

Herausgegeben und ©: Rudow empört sich. Gemeinsam für Respekt und Vielfalt

Zusammenstellung: Claudia von Gélieu

Fotos ©: Stephanus Parmann

Berlin 2023



## **Treff: „Rudower Spinne“**

Waltersdorfer Chaussee / Neudecker Weg

Begrüßung und Einführung, Claudia von Géliou

Die Rudower Spinne war Jahrzehnte berüchtigt als Treffpunkt der Neo-Nazi-Szene. Rudower Nazis lungerten hier herum und pöbelten alle an, die ihnen nicht passten. Dazu gehörten rassistische Beschimpfungen, aber auch tätlich Angriffe. Und ab den 1990er Jahren war die Rudower Spinne immer wieder Ausgangspunkt von Nazi-Aufzügen, teilweise mit bundesweiter Mobilisierung und Beteiligung.

Von Anfang an gab es aber auch Antifa-Proteste und -Gegendemonstrationen. Das Aktionsbündnis Rudow für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit nahm die alltägliche Bekämpfung der Nazis vor Ort auf. Nazi-Schmierer- und Klebereien wurden beseitigt, Info-Veranstaltungen und Antifa-Feste organisiert.

Im April 2008 wurden zwei 16- und 18-jährige Rudower verhaftet, die im März Brandanschläge auf zwei Einfamilienhäuser verübt hatten. Das Motiv war Rassismus, die Anklage lautete Mordversuch.

Während diese Taten innerhalb weniger Tage aufgeklärt wurden, warten wir bei der rechten Anschlagsserie gegen zivilgesellschaftlich Engagierte, die im Juni 2016 in Rudow begann, bis heute auf Ermittlungserfolge und die Bestrafung der Täter.

Wegen der ausbleibenden Misserfolge trotz fortbestehender hoher Gefährdungslage initiierte der Rudower Buchhändler Heinz Ostermann, einer der Betroffenen des rechten Terrors, im März 2018 eine Postkarten-Kampagne „Rudow empört sich“.

Auf die tausenden Karten, die Rudower\*innen an den Innensenator Geisel schickten, hat dieser nie geantwortet. Öffentlich haben er und andere Politiker\*innen immer wieder erklärt, dass die Aufklärung der Neuköllner Anschlagsserie und der Kampf gegen rechte Gewalt und Demokratiegefährdung Priorität haben.

Was wurde getan? Polizei-Sondergruppen wurden eingerichtet. Aber was haben diese getan? Die Aussagen der Betroffenen haben sie offenbar ebenso wenig interessiert wie die Expertise von zivilgesellschaftlichen Einrichtungen wie zum Beispiel der MBR (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus). Im Untersuchungsausschuss zum Neukölln-Komplex erklärte am Freitag, dem 23.6.2023, der ehemalige Leiter der BAO-Fokus, vom Nazi-Netz „Nationaler Widerstand“ habe er zufällig am Ende seiner 17-monatigen Tätigkeit erfahren.

Der sogenannte „Nationale Widerstand“ hat „Feindeslisten“ veröffentlicht, die zu Anschlägen führten. Und auch Rudower Nazis und damit die Tatverdächtigen gehörten zum Nazi-Netz.

Betroffene der Anschläge ebenso wie die MBR und andere haben immer wieder auf die Herkunft der Täter hingewiesen und darauf, dass der rechte Terror in Neukölln lange vor 2016 begann. Der Leiter der BAO-Fokus hat nun ausgesagt, er habe den Untersuchungszeitraum einfach auf 2016 festgelegt, weil mehr nicht zu bewältigen gewesen wäre.

Wir wollen heute noch weiter in die Vergangenheit zurückgehen. Wir wollen heute schauen, was war in Rudow zwischen 1933-1945, also in der Zeit der Nazi-Diktatur. Bei den 8 ausgewählten Orten, zu denen wir bei dieser Tour fahren werden, wollen wir an Alltag, Verbrechen, Verfolgung und Widerstand erinnern.

Wir haben uns dagegen entschieden, Orte anzufahren, die von den Nazis angegriffen wurden. Auch wenn die Nazis deren Adressen bereits kennen, halten wir das für problematisch.

Unsere erste Station ist die Evangelische Kirche Rudow. Sie arbeitet sehr aktiv in unserer Initiative mit und ist ebenfalls seit Jahrzehnten betroffen von rechten Angriffen: Hakenkreuz-Schmierereien, Brandanschlägen, Angriffen auf Konfirmand\*innen und die Pfarrerin. Die erste Betroffene der Brandanschlagserie ab 2016 war eine ehrenamtliche Mitarbeiterin der Gemeinde, die sich für Frieden und Geflüchtete engagiert.





Christel Jachan begrüßt die Teilnehmer\*innen

## 1. Station: Dorfkirche Rudow

Köpenicker Straße 187

Beate Dirschauer, Pfarrerin der Ev. Kirchengemeinde Berlin-Rudow

Es gäbe viel davon zu erzählen, was sich unter dem Kirchturm dieser Rudower Dorfkirche in der Zeit des Nationalsozialismus ereignet hat.

Womit beginnen? Wie sich beschränken? Gerne würde ich von der Gemeindegewesener Margarete Stirnatis erzählen, die mutig Mitte der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts manchem nationalsozialistischem Verhalten eines hier tätigen Pfarrers namens Klinge widerstand! So lange, bis sie zu ihrer eigenen Sicherheit von ihrem Diakonissenmutterhaus aus Rudow wieder abgezogen wurde. Gerne gäbe ich Einblicke in die Berichte des niederländischen Zwangsarbeiters Pieter Pannekoek. In den letzten beiden Kriegsjahren „durfte“ er – obgleich doch Zwangsarbeiter- hier in der Dorfkirche Orgel spielen. Wäre er aus der Ukraine oder Polen gekommen, wäre ihm das sicher versagt geblieben! Wir haben seine Tagebücher übersetzen lassen. Sie geben profunde Einblicke in das Rudower Leben 1943-1945 – zwischen Zwangsarbeiterlager, Frondienst in der Kanalstraße und dem Gemeindeleben dieser Kirchengemeinde.

Wohlwissend, dass wir noch viele Orte anzufahren haben, richte ich an diesem Tag jedoch nur einen Scheinwerfer aus. Das Licht fällt auf einen Vorgänger-Kollegen von mir, er trug den Namen Paul Zorn. Im Jahre 1928 trat er just hier seinen Dienst an.

Anders als sein Vorgänger verstand er sich nicht nur als Geistlicher für die betont konservativen und ehemals kaisertreuen und wohlstuierten Gemeindeglieder. Nein, er richtete sein Augenmerk auf die vielen Menschen, die als Neuzugezogenen in den verschiedenen, seit Beginn der 1920er Jahre gegründeten Siedlungen lebten.

Seit 1921 waren sie vom Zentrum der wachsenden Metropole an die Ränder gezogen (worden). Familien, die hier mehr überlebten, als dass sie menschengerecht lebten. Der neue Wohnraum für diese ärmsten Bevölkerungsschichten war von den Rudower Grundbesitzern verpachtet oder verkauft worden. Die wurden davon nicht nur noch reicher, sondern auch die soziale Ungleichheit vor Ort nahm damit frapierend zu.

Deren erstes, gemeinsames Ziel sollte es werden, diesen Pfarrer Zorn aus der Gemeinde zu vergraulen. Sie forderten seine Versetzung aus Rudow.

In den 1930er Jahren kamen mit den Siedlungen „An der Bahnhofstraße“, noch die Siedlung „Am Waldesrand“ (auch Kinderreichensiedlung genannt) für arme Großfamilien dazu. Provisorische Bauten, Laubenkolonien, etwa die „Ewige Heimat“ des Erwerbslosenvereins, schossen wie Pilze aus dem Boden.

Das Misstrauen und der Argwohn gegenüber diesen „armen Schluckern“, die zumeist noch kirchenfern und *sogar* sozialdemokratisch gesinnt waren, war groß. Die gute alte, dörfliche Ruhe schien bedroht und tüchtig gestört.

Und in all dem auch noch Pfarrer Zorn mit seinem anderen Amtsverständnis! Er war für die Menschen da, egal ob kirchenfern oder nah! Für ihn zählte deren Not, nicht das Bekenntnis. Er wollte helfen. So wie das Evangelium von Jesus Christus es ihm gebot! Gott sei Dank, war er damit erstmal nicht ganz allein in dieser Gemeinde! Er fand Helfer\*innen hier, die sich für Kleider- und Lebensmittelsammlungen gewinnen ließen, es wurde für Bedürftige gekocht, die „Frauenhilfe“ leistete Hilfsangebote! Das soziale Elend der kinderreichen Siedler und Arbeitslosen berührte ihn und bewegte dann auch andere.

Als Pfarrer Zorn sich zu all dem dann jedoch auch noch für eine gerechte Kirchensteuer einsetzte, zog er allen Zorn auf sich und stand allein da. Und so, knappe vier Jahre nach seinem Dienstantritt, es war das Jahr 1932, verdichtete sich der Hass gegen den Pfarrer loci. Die hier sich versammelnden nationalsozialistischen „Deutschen Christen“ und die deutsch-national gesinnten Alteingesessenen arbeiteten da schon eng zusammen. Was ist (bis heute) verbindender, als einen gemeinsamen Gegner zu haben? Spätestens 1933 waren die meisten Ältesten (Gemeindeglieder) Mitglieder der „Deutschen Christen“ geworden.

Als im März 1933 vom Leitungsgremium, dem GKR, die Kirchenfahne gehisst wurde, um damit weit sichtbar die Zustimmung der Gemeinde zum NS-Regime zu bezeugen, war das Tischtuch endgültig zerschnitten. Pfarrer Zorn, wen wundert es, protestierte dagegen. Ich bewundere seinen Mut! Ein Gemeindevertreter, nebenbei SA-Mitglied, soll ihm daraufhin Schutzhaft angedroht haben.

Übrigens: schon in diesem ersten Jahr des NS-Regimes wurden aus den Gottesdiensten eher Huld - Veranstaltungen für den Führer! Unsere Schwestern und Brüder vor Ort hatten den Herrn gewechselt. Das beschämt mich. Wessen Lieder ich wohl gesungen hätte?

Mit Grausen habe ich davon gelesen, dass es schon im August 1933 eine Massentrauung von 104 Paaren in der Dorfkirche gab. „Unter Vorantritt der Fahnen, unter Glockengeläut und Mitwirkung des Bläserchors der Deutschen Christen!“, heißt es in der Zeitung der „Deutschen Christen“ (DC).



Pfarrer Zorn war da wohl schon aus der Gemeinde vertrieben. Sein Nachfolger kam im Januar 1934. Er war Mitglied der NSDAP, der SA und der DC. Bei den Andachten soll er, der wohl offen antisemitisch auftrat, des Öfteren Uniform und Säbel getragen haben. Dass es auch mit ihm nicht ganz einfach wurde, obgleich die Ältesten zunächst dachten, den „rechten“ Mann gefunden zu haben - das, liebe Zuhörende, ist eine andere Geschichte.

Quelle: Beate Rossié, Die Philipp-Melanchthon-Kapelle in Berlin-Rudow und ihre Glocken, hrsg. Evangelische Dreieinigkeitsgemeinde Berlin-Buckow und Evangelische Kirchengemeinde Berlin-Rudow, Berlin 2021



## 2. Station: Matthias-Claudius-Schule

Köpenicker Straße 148



Sabine Jaentsch bei ihrem Vortrag vor der Matthias-Claudius-Schule

Aus dem Tagebuch der Schule:

Die Chronik der 15./16. Schule zu Berlin Rudow angefangen im Jahre eintausendneuhundertvierunddreißig, dem zweiten Jahre der Regierung Adolf Hitlers.“

„Die vollkommen unzureichenden Siedlungsmaßnahmen der Systemregierung bewiesen eindeutig, dass man eine Übersiedlung des Ortsteils Rudow durch sozial schlecht gestellte Volksgenossen planmäßig förderte, um sich ein Reservoir von stets unzufriedenen und hörigen Elementen für die Zwecke des politischen Klassenkampfes zu schaffen. So erwog man auch niemals ernstliche Abhilfe, sondern beschränkte sich auf dürftige Notmaßnahmen [...] Erst die Regierung Adolf Hitlers brachte die grundlegende Wandlung und das Aufwärts in die Rudower Schulverhältnisse.“

„Am Dienstag, dem 14.11.1933 um 15 Uhr, war die feierliche Grundsteinlegung. [...] Bereits eine Stunde vorher fand vor der Schule in der Straße Alt-Rudow 60 (damals noch Neuköllner Straße 372) ein Platzkonzert statt. Um 14:15 marschierten die 24 Klassen der Schule, Hitlerjugend, Bund deutscher Mädel, Jungvolk NSDAP, Kriegerverein, Gemeindegemeinderat u.a. geschlossen zum Grundstück der neuen Schule, das auf vier hohen Masten die Symbole des Dritten Reiches zeigte.“

„Drei Säulen Deutscher Jugenderziehung wollen wir auf diesem Grundstein errichten: Er ist ein Herr, dem wir in Demut und von ganzen Herzen dienen: Gott! Er ist ein Führer, dem wir in unwandelbarer Treue und mit ganzer Seele folgen: Hitler!



Es ist eine große Aufgabe, die wir mit allen Kräften und Daransetzung des ganzen Lebens erfüllen wollen: Deutschland!

[... Gruß eines kleinen Jungen:]

„Sind wir auch noch Kinder heute, Deutsche sind wir allemal! Rufen wie die großen Leute unserem Adolf Hitler: Heil! [...] Deutsche Männer fromm und frei, kämpfen wir für Deutschlands Ehre, dass es stark und mächtig sei. Unserem Führer, treu ergeben, folgen wir, wohin er mag. Ihm und Deutschland unser Leben [...]“

Die Einweihungsfeier fand am 24. August 1934 statt:

„Jeder Klasse wurde ein blumengeschmücktes Schild mit Hakenkreuz vorangetragen. Mit kernigen Worten ergriff dann der Bürgermeister Samson das Wort und betonte, [...] dass die Rudower Schulsituation dem Führer ganz besonders am Herzen lag! Und so könnten die Rudower für sich in Anspruch nehmen, dass sie die erste nationalsozialistische Schule Berlins besaßen.“



Der Wunsch der Schule, nach Adolf Hitler benannt zu werden, wurde nicht realisiert.

Tagebucheintrag am 11.11.1938: „Die Ausweisung jüdischer Schüler“

Nach Beginn des Krieges am 1. September 1939 war der Unterricht unregelmäßig, Lehrer wurden eingezogen und Schüler\*innen als Erntehelfer\*innen eingesetzt. Ab November 1940 wurden Schüler\*innen nach Ostpreußen verschickt. Zu Bombenschäden an der Schule kam es am 2. und 9. Dezember 1943 sowie am 15. und 29. Januar 1944. Am 27. Januar 1945 übernahm der sogenannte „Volkssturm“ die Schule.

Am 23. September 1959 erfolgte die Benennung in Matthias-Claudius-Schule.

Quelle: Dietmar Ephan, Rudower Geschichte und Geschichten (Band 1), Berlin 1989

## Hinweis: Friedhof Rudow

Köpenicker Straße 131

Dort soll es Gräber von Zwangsarbeiter\*innen und ihren Kindern gegeben haben, die aber offensichtlich nicht mehr existieren.

### 3. Station: Zwangsarbeit in Rudow

Ehemaliges Eternit-Werk, Kanalstr. 117-155

Claudia von Gélieu



Nach Bernhard Bremberger, der seit Jahrzehnten zu Zwangsarbeit forscht, gab es in Rudow mindestens 20 Zwangsarbeitslager.

Im Bauerndorf Rudow entstanden seit Ende der 1920er Jahre nicht nur zahlreiche neue Wohnsiedlungen, auch Industrieunternehmen siedelten sich hier an. Durch den Teltowkanal bestanden gute Transportwege.

In der Kanalstraße produzierte ab 1929 die DAZAG (Deutsche Asbestzement-Aktien-Gesellschaft) den Asbeststoff „Eternit“. So wurde die Firma im Volksmund auch genannt.

Auf der Infotafel zur Geschichte von „Eternit“ in der Kanalstraße heißt es: „Um 1935 bestand die Belegschaft aus über 500 Beschäftigten und wirtschaftlich ging es stetig aufwärts.“


Ab 1939 galt „Eternit“ als kriegswichtiges Unternehmen. Zu den Begünstigungen, die damit verbunden waren, gehörte der Einsatz von Zwangsarbeiter\*innen.

Nach der Pogromnacht am 9. November 1938 hatte die NS-Diktatur Zwangsarbeit für Juden und Jüdinnen eingeführt. Mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939, dem Beginn des Zweiten Weltkriegs, kam eine Arbeitspflicht für Frauen dazu. Und Kriegsgefangene und sogenannte Zivilarbeiter\*innen aus den von Nazi-Deutschland besetzten Gebieten mussten Zwangsarbeit leisten.



## DER TELTOWKANAL UND DAS ETERNITWERK



Zusammenhang durch die Fabrikhallen und rechts: Bohrturbinenfabrik, Fabrikzimmerei mit Drehstuhl und Maschinenpark, 1933. Cross-section of the factory from right: saw machine, workshop, fabrication hall with sawmachines, steel and production workshop, 1933.



Legende der 1933/34 Plan der 1933/34

1. Bohrturbinenfabrik	11. Maschinenpark
2. Fabrikzimmerei	12. Drehstuhl
3. Maschinenpark	13. Stahlwerk
4. Stahlwerk	14. Produktionswerkstatt
5. Produktionswerkstatt	
6. Sägewerk	
7. Sägewerk	
8. Sägewerk	
9. Sägewerk	
10. Sägewerk	

Plattenmaschine, 1933  
Drehstuhlmaschine, 1933

Die heutige Kanalstraße war im 19. Jahrhundert noch ein namenloser Ackerweg, der zum Dorf Rudow gehörte. 1906 wurde der *Teltowkanal* eröffnet, der den Wasserweg zwischen Havel und Spree um ganze sechzehn Kilometer verkürzte. Der Kanalbau bewirkte eine dynamische Wirtschaftsentwicklung der gesamten Region. Auf den Ufergrundstücken des Teltowkanals siedelte sich Industrie an. 1929 erwarb die erst kurz zuvor gegründete *Deutsche Asbestzement AG (DAZAG)* das Grundstück Kanalstraße 131–155. Man erbaute eine Fabrikanlage zur Herstellung von Asbestzement-Produkten, hauptsächlich gewellte Platten und Röhren. Seit 1903 war Asbestzement in Deutschland unter dem Namen *Eternit* geschützt. Feuerfestigkeit, Witterungsbeständigkeit und leichte Montage waren die besonderen Vorteile des neuen Baustoffs. Die Fabrikhallen wurden im Eisenskelettbau ausgeführt und alle Umfassungswände und Dächer wurden mit Eternitplatten eigener Fabrikation verkleidet. Um 1935 bestand die Belegschaft des Werks aus über 500 Beschäftigten und wirtschaftlich ging es stetig aufwärts. Mit dem Einzug der modernen Architektur in den Haus- und Industriebau gehörte die Verwendung von Eternitplatten und -röhren bald zum Standard. Im Zweiten Weltkrieg kam es zum Zwangseinsatz ausländischer Arbeiter und Kriegsgefangener. Mitten auf dem Werks-gelände wurde ein Arbeitslager errichtet, in dem ab 1942 so genannte „Ostarbeiterinnen“ kaserniert waren. Von Kriegs-zerstörungen blieb die Fabrikanlage weitgehend verschont. Lediglich die Formerei wurde von Bomben getroffen. 1945 besetzten sowjetische Soldaten den Betrieb und demontierten den Maschinenpark. Ab 1949 wurde das Eternitwerk wieder systematisch aufge-baut. 1952 nannte sich die Firma in *Eternit AG* um und errang eine wirtschaftliche Monopolstellung. Als die Mitarbeiterzahl auf über 1.000 gestiegen war, begann auf dem Gelände des Rudower Stammwerks erneut eine lebhaftere Bautätigkeit.

Ab Herbst 1940 kamen immer ausländische Arbeitskräfte bei „Eternit“ zum Einsatz, ab Mitte 1942 insbesondere aus der Sowjetunion.

Auf dem Firmengelände von „Eternit“ wurden zwei Lager für Zwangsarbeiter\*innen und Kriegsgefangene eingerichtet, weitere Lager gab es Köpenicker Straße.

Ende 1943 gehörten zur Belegschaft 563 Personen, davon 263 „Ostarbeiter“ (Zwangsarbeiter\*innen aus Osteuropa), darunter 207 Frauen.



Nadja Ofsjannikova aus der Ukraine musste von Anfang 1943 bis zur Befreiung im Frühjahr 1945 Zwangsarbeit bei „Eternit“ leisten. Sie musste die fertigen Asbestzementplatten aus der Expeditionshalle auf den Zug schleppen. Als sie im November 1942 nach Deutschland verschleppt wurde, war sie 19 Jahre alt.

Quelle: Bernhard Bremberger, Das Zwangsarbeiterlager Rudow I-III, hrsg. Bezirksamt Neukölln, Berlin 2014

Aus den Erinnerungen von Nadja Ofsjannikova:

"Die Fabrik, in der ich arbeitete, hieß Eternit und befand sich am Kanalufer in der Kanalstraße. Dort waren auch unsere Baracken. Die ganze Fabrik war von einem Stacheldrahtzaun umgeben. Bewaffnete Männer hielten Aufsicht. Es war wie in einem KZ. [...] In diesem Lager begann für uns eine Arbeit, die unsere Kräfte überstieg. Ich musste aus der Expeditionshalle die fertigen Asbestzement-Platten auf den Zug schleppen. ... Wir arbeiteten unter freiem Himmel, denn die Werkhalle hatte kein Dach. Wir trugen Arbeitskleidung aus Zelttuch und an den Füßen Schuhwerk aus Holz. Es war eiskalt. Die Arbeit war sehr schwer, die Platten wogen an die 20 Kilo, die Arme haben wehgetan. Ich war der Verzweiflung nahe, manchmal wünschte ich einfach zu sterben. Ich habe viel geweint. [...] Auch wenn wir krank waren, mussten wir arbeiten: zwölf Stunden am Tag, sechs Tage in der Woche. Feiertage gab es keine. ... Eine Frau aus meiner Baracke ist während der Arbeit bewusstlos umgefallen und später gestorben. ... An Flucht war nicht zu denken, denn wir wussten, dass wir kaum eine Chance hatten. Wohin sollten wir denn auch? Wir trugen alle das Erkennungszeichen „Ost“, man hätte uns sofort gefasst. [...] Das wenige Geld, das wir ab und zu für unsere Arbeit erhielten, nützte uns nichts. Wir durften nicht raus, um uns was zu kaufen, und wir hatten ja auch keine Lebensmittelmarken. Die Verpflegung im Lager war erbärmlich: Zum Frühstück gab es Mehlsuppe, zu Mittag Suppe aus Futterrüben und abends 100 Gramm Brot und ein kleines Stück Margarine. Der Hunger war unerträglich. Wenn wir mittags voller Staub aus dem Werk kamen, war die Suppe schon in den Tellern. Die Barackenaufseherin, eine dicke Deutsche beobachtete uns die ganze Zeit und kontrollierte jede unsere Bewegungen. Wenn eine von uns nicht parierte, schlug die Aufseherin rücksichtslos auf sie ein."

Zit. nach: Maria Roseli, Die Asbestlüge. Geschichte und Gegenwart eines Industriekatastrophe, Zürich 2007, S. 92-96

## **Hinweis: Neue Clay-Schule**

Auf dem Gelände existierte noch eine Baracke des Zwangsarbeitslagers. Im Neubau der Schule wurde am 27. Januar 2023, dem Holocaust-Gedenktag, ein Gedenk- und Lernort zur Zwangsarbeit eröffnet. Er geht vor allem auf das Engagement von Lehrer\*innen und Schüler\*innen zurück.

Er ist nicht nur für die Schule gedacht. Wenn die Schule mit Beginn des neuen Schuljahres Ende August eröffnet wird, wird der Gedenkort der Öffentlichkeit zugänglich sein – mit vorheriger Anmeldung, weil Nazis unerwünscht sind!

## Hinweis: August-Froehlich-Straße

August Froehlich war Pfarrer an der katholischen Kirche in Rudow und engagierte sich für Zwangsarbeiter\*innen. Seine Gedenktafel an der Kirche in Alt-Rudow ist unsere letzte Station heute. Dort wird dann Heinz Ostermann mehr über August Froehlich erzählen.

### 4. Station: Familie Lewin

Siedlung an der Schönefelder Straße, Straße 181, Haus 82

Christian von Gélieu



#### **1931/32 Die Stadtrandsiedlung „An der Schönefelder Straße“ entsteht**

Die Reichsregierung erließ im Oktober 1931 eine Notverordnung, durch die der Bau von sog. Stadtrandsiedlungen für städtische Erwerbslose ermöglicht wurde. Vordergründig ging es darum, der infolge der grassierenden Arbeitslosigkeit entstandenen Armut und Wohnungsnot beizukommen. Die Siedlungen sollten aber nach den Vorstellungen der katholisch-konservativen Regierung Brüning ein Gegenentwurf zu den in den 1920er Jahren entstandenen Großsiedlungen, zu denen etwa die Britzer Hufeisensiedlung zählt, sein. An die Stelle des „Molochs“ Großstadt mit ihrer zumeist politisch links orientierten Arbeiter\*innen-Bevölkerung sollten kleinstbäuerliche Siedlungen zur Selbstversorgung der Siedler\*innen treten.

In diesem Rahmen entstand 1931/32 als eine der ersten Berliner Stadtrandsiedlungen die heutige „Siedlung an der Schönefelder Straße“. Die Fläche wurde von der städti-

schen GEWOBAG parzelliert. Vorgesehen war, dass die jeweiligen Siedlerfamilien ihre Häuser in Eigenleistung errichteten und nach einer fünfjährigen Probezeit ihre zuge- teilten Grundstücke in sog. Erbpacht zur Nutzung erhielten. Geflügel, Obstbäume, Beerensträucher und Gartengeräte wurden den Siedler\*innen als „Starthilfe“ für die Selbstversorgung zur Verfügung gestellt.

### **1932: Die Siedlerstelle von Arthur und Martha Lewin**

Im April 1932 zog die Familie von **Arthur Lewin** in die Siedlerstelle Straße 181 Nr. 82. Arthur Lewin, geb. 1883 in Selchow (heute Landkreis Oder-Spree), kam aus einer jüdischen Familie und war „Knochendrechsler und Elfenbeinarbeiter“, eine Umschrei- bung des heute auch nicht mehr bekannten Berufs des Spazierstockmachers. Seit 1906 gehörte er der SPD an, 1917 traten er und seine Frau **Martha** in der Auseinander- setzung über die Kriegspolitik der SPD in die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) über. 1921 wurden die Eheleute Lewin wieder Mitglieder der SPD. 1918/19 gehörte Arthur Lewin dem Neuköllner Arbeiter- und Soldatenrat an und war auch danach kommunalpolitisch im Bezirk engagiert.

### **Ab 1933: „Arisierung“ der Siedlerprojekte**

Noch während der bis 1937 laufenden „Bewährungszeit“ wurde die politische Macht an die Nazis übertragen. Siedlerstellen durften jetzt nur noch an „tüchtige und in der nationalsozialistischen Weltanschauung wurzelnde Menschen“ zugeteilt werden, die einen „Siedler-Eignungsschein“ besaßen. Die bisherigen Siedler sollten sich einer Nachprüfung unterziehen.

### **Ab 1936: Vertreibung der Familie Lewin**

Zum 31. Dezember 1936 wurde die Siedlerstelle der Familie Lewin durch die „Provinz- gruppe Berlin, Brandenburg und Grenzmark der Kleinsiedler und Eigenheimbesitzer e. V.“, die das Siedlungsland verwaltete, gekündigt. 1938 reichte die Stadt Berlin eine Räumungsklage gegen die Familie Lewin ein. Der Klage wurde vom Amtsgericht Neukölln, das in einem ähnlichen Fall entschieden hatte stattgegeben:

*„(Der) Siedlungsgedanke (ist) unvereinbar mit Judengemeinschaft. An alle Siedler müssen in rassistischer und weltanschaulicher Beziehung ganz besondere Anforde- rungen gestellt werden.“*

Dass Arthur Lewin Kriegsteilnehmer war und Martha Lewin „Arierin“ im Sinne der nazistischen Rassengesetze war, spielte keine Rolle. Ein „verdienter Parteigenosse“ bezog im Anschluss die Siedlerstelle. Er soll der erste Nazi in der Siedlung gewesen sein.

Die Familie kam zunächst bei Verwandten unter, die Söhne waren zu dieser Zeit bereits beim Arbeitsdienst bzw. bei der Wehrmacht. Zum Schutz von Martha Lewin ließ Arthur Lewin sich scheiden.

### **1943: Tod von Arthur Lewin**

1943 wurde Arthur Lewin, der seit 1938 Zwangsarbeit leisten musste, wegen eines angeblichen Diebstahldelikts verhaftet und in das der Gestapo unterstehende *Arbeits- erziehungslager Wuhlheide* neben dem heutigen Tierpark Berlin verbracht. Dort starb er im gleichen Jahr, angeblich an einer Lungenentzündung.



## Nach 1945: (K)ein Happy-End

Nach der Befreiung Berlins und der Wiedererrichtung demokratischer Bezirksverwaltungen wurde die Familie von Martha Lewin wieder in ihr Siedlungsgrundstück eingewiesen. Die Nazi-Familie, die das Grundstück 1938 übernommen hatte, war verschwunden. Angesichts der Berliner Ernährungssituation nach dem Zweiten Weltkrieg war die Wiedererlangung der Siedlerstelle sicherlich ein positiver Effekt, der aber die wahrscheinliche Ermordung von Arthur Lewin und die Einschränkungen der vorausgegangenen sieben Jahre nicht ausgleichen konnte.

Und abgeschlossen war die Verfolgung der Familie Lewin durch das Naziregime noch immer nicht.

Arthurs Sohn **Rudolf** (geb. 1917) wurde in der Nazizeit eine Berufsausbildung als Tischler verweigert. Stattdessen musste er, wie viele sog. „Mischlinge 1. Grades“ Zwangsarbeit in der *Organisation Todt* leisten. Erst 1947 konnte er die Lehre beginnen und schloss sie 1949 ab.

Die Lewins hatten sich 1945 wieder der SPD angeschlossen. 1946 hatten sie sich jedoch, wie andere Neuköllner Sozialdemokrat\*innen aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg entschieden, sich mit der KPD zur SED zusammenzuschließen. Rudolf Lewin blieb auch nach der Blockade und der Spaltung Berlins in der SED. 1956 stellte er einen Antrag auf Entschädigung wegen rassistischer Verfolgung. Vier Jahre später lehnte das (West-)Berliner Entschädigungsamt den Antrag ab, weil Rudolf Lewin „Anhänger eines totalitären Systems“ sei und seinen Entschädigungsanspruch deshalb verwirkt habe. Rudolf Lewin klagte mit Unterstützung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes hiergegen und bekam 1964 vor dem Kammergericht abschließend Recht. Wegen der Inhaftierung im Zwangsarbeitslager der Organisation Todt und des „Schadens an beruflichem Fortkommen“ erhielt er insgesamt 10.600,00 DM, was heute rund 26.500,00 € entspräche.

Rudolf Lewin lebte bis zu seinem Tod in dem Rudower Siedlungshaus.

### Zum Nachlesen:

Dorothea Kolland (Hg.): Zehn Brüder waren wir gewesen... Spuren jüdischen Lebens in Berlin-Neukölln, Berlin 1988, darin:

- „Ist dein Vater Jude?“ – „Nee, Stockarbeiter.“ – Interview mit Fridl Hensel-Lewin, S. 99
- Harald Ramm: „Wohnen muss man!“ Exmittierung jüdischer Bewohner aus städtischen und genossenschaftlichen Häusern und Wohnungen, S. 361
- Klaus Bästlein: Was ist ein Menschenleben wert? Zur Praxis der Entschädigung jüdischer NS-Opfer aus Berlin-Neukölln nach 1945, S. 433

## 5. Station: Rudower\*innen in der „Roten Kapelle“

Ehemalige Laube von Trude und Max Grabowski, Bahnhofstraße,  
heute: Groß-Ziethener Straße / Geflügelsteig

Brigitte und Conni Renkl



In Rudow waren Mitglieder einer der bedeutendsten Widerstandsorganisationen gegen das Naziregime aktiv, der Schulze-Boysen/Harnack-Gruppe, besser bekannt unter dem Namen, den ihr die Gestapo verliehen hatte: Rote Kapelle. Sie war kommunistisch orientiert, aber vielschichtig zusammengesetzt.

In Rudow wurde das Informationsblatt „Die Innere Front“ ab 1941 herausgegeben. Aufmacher des „Kampfblatts für ein neues freies Deutschland“ war z.B. im August 1942 „Der Katastrophe entgegen“.

Herstellungsort für diese illegale Schrift war die Laube von Max Grabowski in der Groß-Ziethener Chaussee / Ecke Geflügelsteig. Offiziell handelte es sich um ein Geschäft, das mit Farben, Lacken und Tapeten handelte und von Trude Grabowski geleitet wurde. Ihr Ehemann, der Neuköllner Kommunist Max Grabowski, erledigte Malerarbeiten, betätigte sich aber auch als Kunstmaler. Der SPD-nahe Reichsbannermann Walter Bremer lernte über einen Kollegen seiner Frau Max Grabowski und dessen Bruder Otto kennen. Sie kamen sich politisch näher. Bald stieß ein weiterer Neuköllner Kommunist, Willi Seeger, zu ihnen.

Grabowski muss bereits über nähere Kontakte zur „Roten Kapelle“ verfügt haben, denn er bestellte Bremer zu einem Treffen, an dem vermutlich auch John Sieg teilnahm. Walter Bremer (1904–1995) berichtete:

„Um mich zu prüfen oder bekannt zu machen, sollte ich mich nahe einer Bahnstation an der Technischen Hochschule einfinden. Dort stand dann Max Grabowski wartend mit einem mir Unbekannten. Der guckte mich an und sprach auch einige harmlose

Worte mit mir. Dann verschwand er wieder. Bald darauf ging die illegale Arbeit los. Eines Tages bekamen wir einen Vervielfältigungsapparat. Der blieb bei Max Grabowski. Ich hatte die Matrizen und das Papier. Abgezogen wurde in der Laube. Ich habe aber auch selber ein paar Male die Abzugsmaschine gedreht, aber meistens war es Grabowski, da er als Freiberufler täglich zur Verfügung stand. Ich musste ja am Tage meinem Beruf bei der ‚GASAG‘ nachgehen. Unsere Aufgabe war nur die Herstellung, nicht die Verteilung, damit die Nazis den Ort nicht finden konnten. Max Grabowski hat dann die fertigen Exemplare der ‚Inneren Front‘ in einem Koffer übergeben. Wo er es tat und wem er es gab, ist mir nicht bekannt. Ich weiß nur, das Erkennungszeichen war ein durchgerissenes Stück Papier. Grabowski hatte die eine Hälfte, sein Kontaktmann die andere.“

Einige Flugblätter, aber nicht die in Rudow hergestellte „Innere Front“, verbreiteten Bremer und Grabowskis in Neukölln und Kreuzberg. Dort wurden sie in Telefonbüchern abgelegt und an zuverlässige Bekannte weitergegeben.

Die Rote Kapelle flog 1942 auf. Viele ihrer KämpferInnen wurden hingerichtet, darunter auch viele Frauen wie Mildred Harnack und Libertas Schulze-Boysen. Unsere Rudower Bremer und die Grabowskis haben überlebt, weil sie von ihren Mitkämpfern nicht verraten wurden. Ihr Kontaktmann John Sieg entzog sich der Folter durch Selbsttötung.





## 6. Station: Stolperstein für Otto Laube

Fleischerstraße 6

Claudia von Gélieu

„Ich sterbe schwer, aber mit dem Bewusstsein, dass ich nicht gemordet habe“, schrieb Otto Laube im Abschiedsbrief an seine Ehefrau Ida Laube am Tag seiner Hinrichtung am 05. Juni 1944 im Zuchthaus Brandenburg.

Der überzeugte Kriegsgegner war bereits im Ersten Weltkrieg als Deserteur zu Zuchthaus verurteilt worden. Seine Äußerungen gegen den Zweiten Weltkrieg kosteten ihn das Leben.

Otto Laube war am 13. August 1888 in Rixdorf (heute Neukölln) geboren. Seit Ende der 1920er Jahre lebte er mit seiner Ehefrau Ida in einem Siedlungshaus in Rudow in der Fleischerstraße. Aus der in den Polizei- und Gerichtsakten angegebene Hausnummer 8 wurde später Hausnummer 6.

Das Ehepaar Laube war seit 1912 verheiratet und hatte keine Kinder. Als ungelernter Bauarbeiter war Otto Laube immer wieder von Arbeitslosigkeit betroffen. Seit 1909 wurde er wiederholt wegen Eigentumsdelikten zu Haftstrafen verurteilt, zuletzt 1935. Als er nach einem Unfall 1940 nicht mehr als Putzer auf dem Bau arbeiten konnte, fand er eine Anstellung als Kraftfahrzeugfahrer bei der Brotfabrik Schlüter in Tempelhof.

Ein Rudower Kollege denunzierte Otto Laube. Er beschuldigte ihn, mehrfach vor Kollegen die Beendigung des Krieges gefordert und Hitler und das NS-Regime kritisiert zu haben. Bei den Vernehmungen nach seiner Verhaftung am 8. November 1943 gab Otto Laube an, mit der SPD sympathisiert und diese gewählt zu haben, aber kein Mitglied gewesen zu sein.

Der Rechtsanwalt von Otto Laube reichte mehrere schriftliche Aussagen zu Gunsten von Otto Laube bei Gericht ein. Positives Zeugnis für Otto Laube legten Kollegen, ein ehemaliger Chef und selbst der stellvertretende NSDAP-Vorsitzende von Rudow ab. Eine Rudower Bäckerin erklärte sich bereit, gegen den Denunzianten vor Gericht auszusagen.

Roland Freißler, der Vorsitzende des „Volksgerichtshofes“, verurteilte Otto Laube am 14. April 1944 wegen "Wehrkraftzersetzung" und Hochverrat zum Tode. Gnadengesuche von Otto und Ida Laube blieben erfolglos. Am 5. Juni 1944 wurde Otto Laube im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet.

Die Ehefrau hatte wie üblich, die Gerichts- und Hinrichtungskosten zu zahlen. Das Polizeirevier Rudow bescheinigte Ida Laube, dass sie diese nicht übernehmen könne. Sie sei berufslos, krank und müsse ihren Lebensunterhalt durch die Untervermietung von Zimmern des mit Hypotheken belasteten Hauses bestreiten.

Nach der Befreiung 1945 wurde Otto Laube als Opfer des Faschismus anerkannt. Aufgeführt wurde er auch im Ehrenbuch für die im Zuchthaus Brandenburg-Görden ermordeten Antifaschisten.

Die Biografie von Otto Laube hat Ulrike Bukowski in Archiven recherchiert.



Initiiert wurde der Stolperstein von „Rudow empört sich“.

Mitgewirkt haben Schüler\*innen der Otto-Hahn-Schule.

Verlegt wurde der erste Stolperstein in Rudow am 17. Juni 2020.

## 7. Station: Gedenktafel für Heinrich Stahl

Ehem. Wohnhaus, Alt-Rudow 41

Claudia von Gélieu



Zwei Angaben auf der Gedenktafel sind falsch:

Das Geburtsjahr von Heinrich Stahl ist 1868. Und Vorsitzender der Berliner Jüdischen Gemeinde war er nur von 1933 bis 1940.

Geboren wurde Heinrich Stahl in Rudow. Sein Vater war Landwirt, die Familie betrieb ein Kolonialwaren- und Destillationsgeschäft.

Heinrich Stahl wurde Direktor der Viktoria-Versicherung in Berlin.

Im Alter von 62 Jahren wurde er 1930 als Mitglied der Repräsentantenversammlung, in den Vorstand der Jüdischen Gemeinde Berlins gewählt. Er übernahm die Leitung des jüdischen Wohlfahrtsamtes und kümmerte sich um die jüdischen Altersheime. Wenige Monate nach der Machtübergabe an die NSDAP wurde er im Mai 1933 zum Vorsitzenden des jüdischen Gemeinderates in Berlin gewählt. Er gründete das Jüdische Winterhilfswerk. Durch die 1933 beginnende antisemitische Verfolgung – dem Boykott jüdischer Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte, der Entlassungen von Jüdinnen und Juden, usw. – gerieten viele in soziale Not. In der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland war Heinrich Stahl der Stellvertreter des Vorsitzenden Leo Baeck.

Im Juni 1942 wurde er zusammen mit seiner Ehefrau Jenny nach Theresienstadt deportiert. Dort starb der 74-Jährige nach wenigen Monaten am 4. November 1942 - nach dem Totenschein an „Herzschwäche“ nach einer Lungenentzündung.

Quelle: Zehn Brüder waren wir gewesen ... Spuren jüdischen Lebens in Neukölln, hrsg. Dorothea Kolland, Berlin 1988, S. 267





## 8. Station: Gedenktafel für August Froehlich

Katholische Kirche, Alt-Rudow

Heinz-Jürgen Ostermann

August Froehlich wurde am 26. Januar 1891 im damaligen Oberschlesien geboren. 1912 nahm er das Theologiestudium in Breslau auf.

Ende 1914 kam der Gestellungsbefehl für den Kriegsdienst. Der Krieg brachte zwei schwere Verwundungen, die englische Kriegsgefangenschaft und das Eiserne Kreuz 1. und 2. Klasse.

Nach erneuter Aufnahme des Theologiestudiums wurde August Froehlich im Juni 1921 zum Priester geweiht. Sein erstes Anstellungsdekret führte ihn nach Berlin-Neukölln in die Pfarrei St. Eduard. Es folgten weitere Pfarreien in Berlin.

August Froehlich wird als Mann des Volkes mit einer starken sozialen Orientierung charakterisiert. Ein nicht unbeträchtliches Erbe wie auch Teile seines eigenen



Einkommens wusste er in Zeiten der Weltwirtschaftskrise caritativ einzusetzen. Die nationalsozialistischen Tendenzen lehnte er komplett ab.

Seine erste selbständige Stellung nahm er ab dem 1. April 1931 als Lokalkaplan bei St. Joseph in Rudow auf.

Hier kam es schnell zum Zerwürfnis, als er den Kirchenchor wegen seiner nationalsozialistischen Haltung in Abstimmung mit Kirchenoberen auflöste. Beschwerden führten dazu, dass die Kirchenoberen Froehlich in dieser Angelegenheit nicht weiter stützten.

Konsequenterweise bat Froehlich um Versetzung und trat schon am 1. Juli 1932 seinen Dienst in Dramburg in Pommern an.

Froehlichs aktives Wirken in Dramburg führte schnell zu nationalsozialistischen Angriffen auf seine Person. So lehnte er Sammlungen in der Kirche zugunsten des NS-Staates ab. Standhaft verweigerte er den Hitlergruß und beharrte stattdessen auf seiner bevorzugten Grußformel "Grüß Gott". Immer wieder richtete er Beschwerde-schreiben an den Reichsarbeitsdienst, um gegen Übergriffe in den Arbeitsdienstlagern zu intervenieren.

1937 wurde er nach Rathenow versetzt. Im Mai 1938 erfolgte die erste Vorladung zur Gestapo, weil er sich gegen die staatlichen Maßnahmen gegen die Glaubens- und Religionsfreiheit gewandt hatte



Im Rathenower Pfarrbezirk mussten gut 2.000, insbesondere katholische Pol\*innen Zwangsarbeit leisten, gegenüber denen Froehlich seiner christlichen Seelsorgepflicht nachkam – was gar nicht den Vorstellungen der Nazis entsprach. Auch hier griff Froehlich immer wieder die Missstände auf. Letztlich wurde ihm die dreimalige Verwendung für misshandelte Polenmädchen bei der optischen Rüstungsfirma Emil Busch zum Verhängnis.

Vom 20. März bis 8. April 1941 wurde August Froehlich in sogenannte Schutzhaft genommen. Am 20. Mai 1941 wurde er erneut verhaftet und schließlich in das KZ Buchenwald überführt. Der Leidensweg führte ihn über das KZ Ravensbrück zum Pfarrblock im KZ Dachau, wo er nach fragwürdiger, offizieller Darstellung am 22. Juni 1942 am Versagen von Herz und Kreislauf, bei Darmkatarrh starb.

Am 28. Juli 1942 wurde er unter Anteilnahme Tausender auf dem Matthias-Friedhof in Berlin beigesetzt.

In Rudow erinnern eine Gedenktafel am Pfarrhaus von St. Joseph wie auch die August-Froehlich-Straße an diesen katholischen Widerständler.





## Rudow empört sich. Gemeinsam für Respekt und Vielfalt

Unsere Initiative engagiert sich gegen rechten Terror in Rudow. Wir solidarisieren uns mit den Betroffenen. Wir sind empört über das Versagen der Behörden bei der Ermittlung und Verfolgung der Täter und der Zerschlagung der Nazi-Strukturen. Wir fordern Aufklärung über die Gründe.

Wir wollen zeigen, wie vielfältig Rudow ist und die Rudower\*innen ermutigen, rechter und rassistischen Hetze entgegenzutreten. Hierfür organisieren wir Kundgebungen, Infoveranstaltungen, Ausstellungen, Begegnungen und Diskussionen. Wir haben die Menschenkette zum Internationalen Tag gegen Rassismus und ein jährliches Open-Air-Kino in Rudow eingeführt. Und auf unsere Initiative wurde der erste Stolperstein zur Erinnerung an einen NS-Verfolgten in Rudow verlegt.



Rudower\*innen zeigen Gesicht für ein weltoffenes Rudow, Postkarte August 2022

Alle, die mitmachen möchten bei uns, sind herzlich willkommen!

Kontakt: Heinz Ostermann / Buchhandlung Leporello, Krokusstraße 91, Rudow